
Anmerkungen zur amerikanischen Demographie-Debatte

Elisabeth Niejahr

Die Arbeit an einem Buchprojekt zum demographischen Wandel sowie ein Stipendium des German Marshall Fund brachten mich im Frühjahr 2003 für vier Wochen in verschiedene Regionen der Vereinigten Staaten. Ich wollte bei Think Tanks und in Selbsthilfegruppen, in Ministerien, Marketing-Abteilungen und in den Rentner-Kolonien von Florida und Arizona recherchieren, ob die Deutschen etwas von der amerikanischen Demographie-Diskussion lernen können.

Allzu viel versprach ich mir nicht davon – schließlich ist auf den ersten Blick die Bevölkerungsentwicklung der Vereinigten Staaten recht günstig. Zwar altert die Bevölkerung ähnlich wie hierzulande, aber die Geburtenraten sind günstiger, hinzu kommen die Effekte der Zuwanderung. Warum sollte da allzu viel unternommen werden?

Ich kehrte eines Besseren belehrt nach Deutschland zurück. Die Themen Demographie, die Alten und das Alter sind Gegenstand intensivster öffentlicher Debatten, verschiedener Bestseller und spielten auch im amerikanischen Wahlkampf eine große Rolle. Vor allem die Generation der Babyboomer, die kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geboren wurde und zu deren prominentesten Vertretern Bill und Hillary Clinton, Stephen Spielberg oder Meryl Streep gehören, hat das Thema auf die Agenda gesetzt. Es ist die Generation, die demnächst in Rente geht – und sich plötzlich gegen den Jugendwahn in den Me-

dien sträubt, über Altersdiskriminierung im Berufsleben klagt und die sich Sorgen macht um die soziale Sicherung der kommenden Jahrzehnte.

Aus der Fülle möglicher Themen greife ich hier vier heraus, die mir interessant für die hiesige Debatte erscheinen.

1. Warum es ausgerechnet im Land des Jugendwahns mitunter leichter ist, alt zu werden

In den Vereinigten Staaten heißt es, Babyboomer seien die Leute, die erst ihren Eltern auf die Nerven gingen und demnächst eine Plage für ihre Kinder werden. Demnächst – das ist der Zeitraum, in dem diese Generation allmählich in Rente geht. Nach den offiziellen Statistiken der amerikanischen Regierung wird es bis zum Jahr 2035 ungefähr 70 Millionen Menschen in den USA geben, die älter als 65 sind. Das sind etwa dreißig Prozent mehr als heute, ein wenig mehr als die Einwohnerzahl der alten Bundesrepublik.

Man könnte auf die Idee kommen, dass die Vereinigten Staaten kein guter Ort zum Altwerden sind. Es ist das Land von Jugendkultur und Jugendwahn, aus Amerika kommen Anti-Aging-Kuren, der Faltenkiller Botox und viele Neuheiten der Schönheitschirurgie. Doch die jüngeren Alten aus der Generation der Clintons haben ihren deutschen Altersgenossen zweierlei voraus. Erstens: die Masse, in der sie auftreten. Die Babyboomer sind die mit großem Abstand stärkste Generation der amerikanischen Geschichte. Diese Masse, verbunden mit dem relativ großen Wohlstand dieser Generation, hat sich längst stärker als in Deutschland auf die Welt der Werbung, der Medien und des Konsums ausgewirkt. Die Produktmanager, die Modellagenturen, die Zeitungsmacher und die Drehbuchschreiber haben die finanzkräftige Zielgruppe schon etwas länger im Blick. So ist zwar einerseits der Jugendkult sehr ausgeprägt, aber

gleichzeitig findet längst eine Gegenbewegung statt: Auf den großen Litfasssäulen in New York plakatierte die Textilkette GAP Modells mit grauen Haaren und Falten, lange bevor Vergleichbares in Deutschland zu sehen war. Auflagenstarke Magazine veröffentlichen Titelgeschichten über die Tücken der Menopause. Und im Blockbuster *Was das Herz begehrt*, einem der großen Kinoerfolge des Jahres 2004, lässt ein von Jack Nicholson gespielter alternder Playboy seine attraktiven jungen Freundinnen am Ende zugunsten einer gleichaltrigen, von Diane Keaton gespielten Drehbuchautorin hinter sich. Die Babyboomer erobern sich ihr Terrain zurück.

Der zweite große Vorteil der amerikanischen Jahrgänge zwischen Mitte fünfzig und Mitte sechzig manifestiert sich in dem Etikett „Babyboomer“. An diesen Begriff sind die geburtenstarken Jahrgänge gewöhnt. Er wurde schon verwendet, als die betroffene Altersgruppe Plateausohlen erprobte und in Woodstock feierte. Die gemeinsame Identität wurde durch die gesellschaftlichen Aufbrüche der Siebziger geprägt – selbst bei denen, die dagegen waren. Man schämt sich nicht dafür, „Babyboomer“ zu sein – und das macht es leichter, gemeinsame Interessen zu artikulieren.

In Deutschland fehlt genau diese gemeinsame Identität. Trotz aller öffentlichen Debatten – das Thema „Alter“ ist immer noch ein Tabuthema, insofern jedenfalls, als sich selten jemand persönlich angesprochen fühlt. Man kennt das: Nach dem Alter von anderen fragt man nicht, beim eigenen Alter wird gern geschummelt. Alt sind immer nur die anderen. Jeder will alt werden, niemand will alt sein.

So gibt es in Deutschland zwar eine große Gruppe, die momentan ihr Lebensgefühl und auch ihr öffentliches Auftreten (Wie kurz dürfen die Röcke von 60-Jährigen sein? Ist es peinlich oder dynamisch, wenn eine 55-Jährige mit ihrer Tochter in die Disco geht?) neu justiert. Doch hierzulande begann der Geburtenboom erst später, die „68er“ sind

nicht die geburtenstarken Jahrgänge, und zudem steht das Etikett nicht nur für eine Altersgruppe, sondern auch für ein politisches Profil. Also hantieren die Werber unbeholfen mit Begriffen wie „Best Ager“, „Master Consumers“, „Whoopies“ (Well Off Old People) sowie „Kukidents“. Begriffe wie „Alte“ und „Senioren“ werden zu Recht für abschreckend gehalten, Ersatz gibt es noch nicht. Wer nennt sich schon gerne „Kukident“? Es fehlt eine gemeinsame Identität. Auch daran liegt es, dass in Deutschland die Alten immer nur die anderen sind.

2. „Eldercare“ – Anregungen für die deutsche Pflegediskussion

Unsere Vorstellungen davon, wie alte Menschen ihre letzten Monate und Wochen verbringen sollen, stammen aus der Zeit von Großfamilien mit vielen Gesichtern und Enkeln, die am gleichen Ort leben. Noch werden mehr als 80 Prozent aller Pflegebedürftigen zu Hause betreut, in steigendem Umfang von professionellen Pflegekräften, aber oft werden sie auch von weiblichen Angehörigen zwischen 45 und 70 versorgt. Bei älteren Männern kümmert sich meist die Ehefrau, bei alten Frauen die nicht berufstätige Tochter oder Schwiegertochter.

Die nächste Generation von Pflegebedürftigen braucht vermutlich andere Modelle. Immer mehr erwachsene Kinder leben nicht am gleichen Ort wie ihre Eltern. Immer mehr Töchter und Schwiegertöchter haben Jobs, die nicht ohne weiteres aufwendige Pflege von Angehörigen möglich machen. Ihnen ist auch kaum damit geholfen, dass die Pflegeversicherung etwas mehr zahlt als bisher. Eine Managerin mit Sechzig-Stunden-Woche, die ihren Vater pflegen will, braucht nicht in erster Linie Geld, sondern einen kooperativen Arbeitgeber.

Hier lässt sich viel von den Vereinigten Staaten lernen. Die meisten renommierten Großkonzerne, etwa IBM oder Hewlett-Packard bieten Auszeiten für „eldercare“ an. Der Autokonzern Ford oder der Telekommunikationsriese AT & T organisieren für Mitarbeiter mit pflegebedürftigen Angehörigen eine kostenlose Beratung durch Fachleute. Unterstützung bei Pflegeproblemen gilt als Maßnahme, um qualifizierte Mitarbeiter zu binden. In den Vereinigten Staaten ist das Problembewusstsein unter anderem deswegen größer, weil die räumlichen Entfernungen zwischen Eltern und Kindern häufig größer sind: Wer mit Kindern im Schulalter an der Westküste lebt und sich um hilfebedürftige Eltern an der Ostküste kümmern muss, ist schnell in einer heiklen Situation. In den Vereinigten Staaten ist, auch wegen der doppelten finanziellen Belastung, oft die Rede von der „Sandwich-Generation“.

3. Gesünder altern – zu den Adressaten der US-Babyboomer

Der medizinische Fortschritt wird vermutlich dafür sorgen, dass wir deutlich länger als unsere Vorfahren leben. Aber niemand weiß, ob uns das glücklich macht. Altersforscher meinen deshalb gelegentlich, es sei wichtiger, den Jahren mehr Leben zu geben, als dem Leben mehr Jahre. „Die meisten von uns werden lange leben, aber die Hälfte wird es hasen“, warnt deshalb Ken Dychtwald, der eine Beratungsfirma mit dem Titel „Age Wave“ leitet und sich häufig in der amerikanischen Altersdebatte zu Wort meldet.

Wie qualvoll unsere letzten Jahre werden, hängt tatsächlich entscheidend vom medizinischen Fortschritt der kommenden Jahre ab. Falls wirksame Mittel gegen Alzheimer oder gegen Krebs gefunden werden, ändert das Schicksale von Millionen. Für die Lebensqualität der Alten von mor-

gen ist die Forschung der großen Pharmakonzerne mindestens so wichtig wie die nächste Rentenreform.

In den Vereinigten Staaten konzentriert sich die Altersdebatte generell stärker auf das Gesundheitswesen als in Deutschland. Lobbyisten wie Dychtwald fordern unter anderem mehr Geriatrie-Kenntnisse in der Ärzteschaft: Fachwissen über Altersleiden und die Besonderheiten hochaltriger Patienten müsse fester Bestandteil der Mediziner-ausbildung sein. Sie drängen aber auch Pharmakonzerne und staatliche Forschungseinrichtungen, mehr Ressourcen auf den Kampf gegen die Alzheimer-Krankheit zu konzentrieren.

Druck auf Konzerne auszuüben, hat in den Vereinigten Staaten eine andere Tradition als hierzulande. Die Verbraucherorganisationen sind einflussreicher als in Deutschland, was teilweise an der Schwäche anderer Großorganisationen wie der Gewerkschaften liegt. Aber auch die Größe des Landes spielt eine Rolle. In den Vereinigten Staaten sitzen mehr multinationale Unternehmen als in jedem anderen Land der Welt, und die amerikanische Verbraucherlobby kann hier leichter Druck entfalten als anderswo.

Der Grundansatz – und auch die Haltung gegenüber staatlichen Forschungseinrichtungen – könnte auch für die deutsche Debatte lehrreich sein. Wir denken meist an Renten und Pensionen, wenn von Konflikten der Generationen die Rede ist. Dychtwald argumentiert, dass es sehr unterschiedliche Interessen von Jungen, Alten und Mittelalten auch bei der Ausrichtung der medizinischen Forschung gibt: Zu viel Geld fließe in die Linderung der Leiden von heute und zu wenig in Langzeit-Programme gegen die Volksseuchen von morgen. Für die Politik sei das bequemer, für die auf Quartalsergebnisse ausgerichteten Konzerne ebenfalls.

4. Warum sich die US-Außenpolitiker so für Demographie interessieren – und was das für Deutschland bedeutet

Die Diskussion über den demographischen Wandel hat die Deutschen mit großer Wucht und mit großer Verspätung erfasst. Das ist auch eine Spätfolge des nationalsozialistischen Rassenwahns – denn wer eine nationale „Bevölkerungspolitik“ fordert, muss bis heute genau darauf achten, welche Worte er wählt.

In kaum einem Bereich wirkt das NS-Erbe so nachhaltig wie in der Außenpolitik. Demographie und Internationales – dieser Zusammenhang kommt in der öffentlichen Debatte kaum vor. Das ist in den Vereinigten Staaten völlig anders – und schon deshalb wird es nötig sein, dass auch die deutschen ihr Blickfeld erweitern. Deutsche Politiker denken meist an Renten, an Frühpensionäre, an Zuwanderung und an Familienpolitik, wenn von Demographie die Rede ist. Amerikaner sprechen über die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems, über Alzheimer, über Einwanderer und eben über geostrategische Fragen.

Das liegt an der Größe des Landes und seiner Rolle als Weltmacht, aber auch daran, dass die Altersversorgung der Amerikaner eine globale Angelegenheit ist. Die großen Pensionsfonds investieren ihr Geld überall auf der Welt. So kommt es, dass amerikanische Sozialexperten sich für die Stabilität der chinesischen Ökonomie interessieren und für internationale Beziehungen, während amerikanische Diplomaten sich ihrerseits mit der Alterung in Russland oder den sozialen Sicherungssystemen in Asien beschäftigen.

Längst ist der Zusammenhang von Demographie und Außenpolitik in den Vereinigten Staaten kein Expertenthema mehr. Über den sogenannten „youth bulge“, den besonders hohen Anteil junger Männer in der arabischen Welt, wird in Talkshows und an Stammtischen palavert.

Der islamische Fundamentalismus, so heißt es oft, werde durch die hohe Zahl junger Männer ohne Perspektiven befördert. Im Wahlkampf des Jahres 2004 argumentierten beide Bewerber, George Bush und John Kerry, mit der Bevölkerungsstruktur arabischer Länder, wenn es um die Folgen des Irak-Krieges ging.

Der Blick auf das alternde Europa fällt entsprechend negativ aus. In verschiedenen amerikanischen Think Tanks wird in Strategiepapieren vor der demographisch bedingten Schwächung der europäischen Verbündeten gewarnt. „Sinkende Geburtenraten in Verbindung mit einer steigenden Nachfrage nach jungen Arbeitskräften bedeuten zwangsläufig kleinere Armeen“, schreibt zum Beispiel der langjährige Vorsitzende des renommierten Council of Foreign Affairs. Andere Strategen haben ihre Prognose unter der Überschrift „Guns or Wheelchairs“ zusammengefasst: Gewehre oder Rollstühle. Alternde Gesellschaften müssten viel mehr Geld für soziale Dienstleistungen ausgeben heißt es, da bleibe zwangsläufig nicht genug für das Militär.

In Deutschland wird eher darüber debattiert, ob hohe Pensions- und Rentenzahlungen in den demographisch schwierigen Jahren ab 2015 zu Lasten von Bildung und Forschung gehen könnten. Kritiker rechnen oft Zukunftsinvestitionen und Rentenzahlungen gegeneinander auf. Aber natürlich können höhere Ausgaben für das Alter auch die Verteidigungsetats kleiner werden lassen.

Die Deutschen werden sich mit den Sorgen der Amerikaner befassen müssen. Sie können ihren Verbündeten dabei eines entgeghalten: Die Staatsausgaben der Zukunft hängen nicht allein von den Kosten für Renten und Gesundheitsversorgung ab. Entscheidend sind vor allem auch Wachstum, Produktivität und Innovationskraft der künftigen Gesellschaften. Freilich spielt für diese die demographische Entwicklung auch eine wesentliche Rolle. Aber wichtiger als die Frage, ob die europäischen Industrie-

länder altern, ist die Frage, wie sie altern: Mit qualifizierten älteren Arbeitnehmern oder ohne sie, mit sanierten Sozialsystemen oder ohne sie, mit einer Bildungspolitik, die alle vorhandenen Ressourcen nutzt, oder ohne eine solche, und mit oder ohne Zuwanderung. Diese Entscheidungen stehen noch aus. Die Europäer sollten sich klarmachen, dass es vor allem an ihnen selbst liegt, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Insofern könnten die amerikanischen Horrorszenarien sogar Positives bewirken – nämlich dass sich die Deutschen, auch die Außenpolitiker, früher auf den demographischen Wandel einstellen, als dies in den USA geschehen ist.